

Große Anfrage

der Abgeordneten Jürgen Trittin, Dr. Frithjof Schmidt, Oliver Krischer, Kerstin Andreae, Annalena Baerbock, Omid Nouripour, Katharina Dröge, Sylvia Kotting-Uhl, Bärbel Höhn, Uwe Kekeritz, Marieluise Beck (Bremen), Dr. Franziska Brantner, Agnieszka Brugger, Tom Koenigs, Dr. Tobias Lindner, Cem Özdemir, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Doris Wagner, Harald Ebner, Matthias Gastel, Kai Gehring, Anja Hajduk, Dieter Janecek, Sven-Christian Kindler, Steffi Lemke, Dr. Julia Verlinden und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Schlüssel für eine globale, ökologische und gerechte Energieaußenpolitik

Energieaußenpolitik ist mehr als Energiepolitik. Energieaußenpolitik ist Sicherheitspolitik, ist Klimapolitik. Sie ist globale Wirtschafts- und Entwicklungspolitik. Es gilt, sie in all diesen Dimensionen kohärent zu gestalten.

In einer umfassend globalisierten Welt spielt Energieaußenpolitik eine Schlüsselrolle. Globale Risiken wie Klimawandel, die Konkurrenz um Rohstoffe, wachsende Ungleichheit, schlechte Regierungsführung werden von der Nachfrage und dem Angebot von Energie entscheidend geprägt. Gerade in Energie exportierenden Ländern fallen häufig extreme Armut vieler und extremer Reichtum weniger zusammen mit der Korruption und schlechter Regierungsführung. Sie lässt Staaten zerfallen und verschärft Konflikte. Energieaußenpolitik hat so einen großen Einfluss auf Konflikte, Krisen und Machtverschiebungen in der Welt (www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/76755/ressourcenkonflikte).

Energiesicherheit ist mehr als Energieversorgungssicherheit. Energiesicherheit ist Voraussetzung für Wertschöpfung und Wachstum. Zugang zu Energie ist Voraussetzung zur Überwindung von Armut – und noch immer haben über eine Milliarde Menschen keinen Zugriff auf elektrische Energie (<http://documents.worldbank.org/curated/en/182701468182351700/pdf/778890WP0v10Bo00ExSumm0German0final.pdf>).

Energiesicherheit wird es nach Ansicht der Fragesteller auf Dauer nur geben, wenn es gelingt, die Klimakrise aufzuhalten und den Klimawandel zu begrenzen. Das Pariser Klimaabkommen ist eine Zäsur. Um das von über 190 Staaten verbindlich gesetzte Ziel zu erreichen, darf nur noch ein Fünftel der heute bekannten fossilen Energien verbrannt werden (www.spiegel.de/wissenschaft/natur/klimawieviel-kohle-erdgas-und-erdoel-darf-noch-gefoerdert-werden-a-1011767.html). Dies hat für die fossile Energiewirtschaft sowie die exportierenden Länder einschneidende Konsequenzen – sind doch ihre Einnahmeerwartungen aus dem Export deutlich begrenzt. Schon die heute niedrigen Öl- und Kohlepreise haben zu dramatischen Machtverschiebungen in den exportierenden Ländern geführt (www.zeit.de/2014/47/oelpreis-weltpolitik-opec/seite-2).

Energiesicherheit gibt es also nicht national, nicht mal europäisch. Energiesicherheit gibt es nur global. Wir brauchen eine globale Energieaußenpolitik. Energieströme machen nicht an Grenzen halt. Energieaußenpolitik muss sich an dieser Herausforderung messen lassen.

Energieaußenpolitik ist mehr als die Energieunion der Europäischen Union. Es reicht nicht, lediglich die Gastransportwege zu diversifizieren. Es ist fraglich, ob es die Energieversorgungssicherheit erhöht, wenn Gas aus Russland durch Gas aus Aserbaidschan oder Katar ersetzt wird – und auch nicht, wenn dieses durch gefracktes Flüssiggas aus den USA ersetzt wird. Ohne eine abgestimmte europäische Energiepolitik ist die Energieversorgung in Europa nicht gewährleistet. Europa braucht eine Strategie, die neben der Diversifizierung des Transports auf mehr Energieeffizienz, auf Energieeinsparung und erneuerbare Energien setzt.

Energieaußenpolitik hat eine sicherheitspolitische Dimension. Unter anderem der Versuch sich militärisch Zugriff auf Öl im Irak zu verschaffen, ist in Interventionen gemündet, die inzwischen den gesamten mittleren Osten destabilisiert haben (www.theguardian.com/environment/earth-insight/2014/mar/20/iraq-war-oil-resources-energy-peak-scarcity-economy). Vermeintlich strategische Partnerschaften, die in Wahrheit aber nur den Zugriff auf fossile Ressourcen sichern sollen, haben nicht minder destabilisierende Wirkungen. Wer Gas aus Katar oder Öl aus Saudi-Arabien importiert, unterstützt nach Auffassung verschiedener Medien Regimes, die Minderheiten unterdrücken, Menschenrechte missachten und einen brutalen Krieg gegen die Bevölkerung im Jemen führt (www.sueddeutsche.de/politik/deutsche-panzergeschaeft-die-katar-connection-1.2734097). Natürlich hat der Aufstieg von Boko Haram auch mit korrupten Ölfirmen zu tun, die in Nigeria Handel betreiben (www.opendemocracy.net/joshua-goldfond/nigeria%E2%80%99s-resource-curse-bokoharam-and-poverty-of-plenty).

Energieaußenpolitik hat eine ökonomische Dimension. Wenn nur ein Fünftel der heute bekannten fossilen Energien verbrannt werden darf, erhöht sich nicht nur der Druck, erneuerbare Energien noch schneller noch wettbewerbsfähiger zu machen. Dann liegen in den fossilen Vorräten der Welt Billionen US-Dollar an totem Kapital. Es müssen auch Strategien entwickelt werden, um ein globales Platzen dieser Kohlenstoffblase samt der Folgen für die Weltwirtschaft zu verhindern.

Der auf dem G7-Gipfel in Elmau im Sommer 2015 verkündeten Dekarbonisierung der Weltwirtschaft müssen nun konkrete Taten folgen. Wir brauchen eine aktive Divestment-Strategie, wie sie von großen Investoren heute schon begonnen wurde.

Zurzeit aber begünstigen der niedrige Ölpreis, der Fracking-Boom und eine kohlefreundliche Politik gerade jene Arten der Energiegewinnung, die dem Planeten am meisten schaden. Die Kohlenstoffblase wird weiter aufgeblasen. Um den Klimawandel zu stoppen, ist eine globale Energiewende nötig.

Nötig ist eine Energieaußenpolitik, die sich den Herausforderungen des Klimawandels, der Überwindung der Armut und der Sicherung des Friedens dient. Wir brauchen eine Energieaußenpolitik, um Globalisierung gerecht und ökologisch zu gestalten.

Wir fragen die Bundesregierung:

ENERGIEMÄRKTE GLOBAL

Veränderungen auf den Öl- und Gasmärkten

1. a) Wie haben sich im Lichte der Preisentwicklung für fossile Brennstoffe seit 2010 die Energieimporte nach Deutschland entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
b) Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus Prognosen über die Entwicklung der Gaspreise auf die Bedeutung von Erdgas im deutschen und europäischen Energiemarkt und für die weitere Entwicklung bzw. den Ausbau der Erdgasinfrastruktur?
2. a) Welchen Einfluss hat der Fracking-Boom in den USA nach Einschätzung der Bundesregierung auf die Gaspreisentwicklung in Deutschland und Europa?
b) Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie lange in den USA noch im aktuellen Ausmaß Erdgas zu dem niedrigen Gaspreis gefrackt werden kann, angesichts der sehr hohen Erschließungskosten beim Fracking?
3. a) Wie sieht die Prognose der Bundesregierung bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Ölpreise aus, und woher stammt die Prognose?
b) Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus auf die Bedeutung von Öl im deutschen und europäischen Energiemarkt und für die weitere Entwicklung bzw. den Ausbau der Ölinfrastruktur?

Entwicklung von Angebot und Nachfrage

4. Welchen Bedarf an Gas und Öl in der EU und in Deutschland sieht die Bundesregierung bis 2050, und auf welchen Prognosen basiert dies?
5. Liegt der Bundesregierung das neue EU-Referenzszenario vor, und wenn ja, welche Schlüsse zieht sie daraus?

Kohlenstoffblase

6. a) Wie schätzt die Bundesregierung nach dem Inkrafttreten des Pariser Klimaabkommens die Gefahr der Kohlenstoffblase ein, und wie kommt sie zu der Einschätzung, bzw. hat sie ein Forschungsgutachten in Auftrag gegeben, falls nein warum nicht, bzw. wann wird sie dies tun?
b) Gibt es bereits Ergebnisse aus den Untersuchungen des Internationalen Finanzstabilitätsrates und der UNEP Inquiry (UNEP – Umweltprogramm der Vereinten Nationen), und wenn ja, welche?
7. Hat die Bundesregierung bereits eine ergebnisoffene Prüfung unternommen (vgl. Bundestagsdrucksache 18/5056), um festzustellen, inwieweit aus einem möglichen Platzen der Kohlenstoffblase tatsächliche Finanzstabilitätsrisiken resultieren können, und wenn ja, was sind die Ergebnisse daraus?
Wenn nicht, wann rechnet die Bundesregierung mit Ergebnissen?

Finanzierungsströme

8. Gibt es Förderungsanträge durch ungebundene Finanzkredite, die strittig sind und vom Interministeriellen Ausschuss noch nicht beschlossen wurden?
Wenn ja, mit welchem finanziellen Volumen (bitte nach Ländern und Art der Rohstoffe aufschlüsseln)?

9. Wie viele und welche Projekte für Energietechnologien wurden seit 2009 durch Hermesbürgschaften und Investitionsgarantien in welcher Höhe gefördert (bitte aufgeteilt nach Ländern, Jahr und Energieträgern auflisten)?

Bedingungen der Klimaschutzziele

10. a) Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die statistische Reichweite (in Jahren) jeweils für Öl, Gas und Kohle, und worauf basiert die Einschätzung?
b) Für welche Zeiträume rechnet die Bundesregierung mit der Überschreitung des globalen Fördermaximums bei Erdöl, Erdgas, Kohle und Uran?
11. a) Was unternimmt die Bundesregierung, um verlässliche Daten darüber zu ermitteln, welche Minderungspfade notwendig sind, um die Klimaschutzvereinbarung von Paris zu erfüllen?
b) Welche Einsparungen beim Gasverbrauch müsste Deutschland nach Ansicht der Bundesregierung bis 2050 realisieren, um die Beschlüsse der Klimakonferenz von Paris umzusetzen?
12. Bis wann zieht die Bundesregierung Schlüsse aus dem Grünbuch Energieeffizienz, und beabsichtigt sie, darauf basierend konkrete Maßnahmen vorzulegen, und wenn ja, bis wann, und welche?
13. Wie trägt die Bundesregierung zum „VN-Nachhaltigkeitsziel 7: Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle bis 2030 sichern“ auf nationaler und internationaler Ebene bei?

Gas

14. Wo ist die Bundesregierung derzeit an Gasförderung und -pipelines beteiligt, und welche deutschen Firmen sind nach Kenntnis der Bundesregierung daran jeweils beteiligt?
a) Welche Rolle spielen Deutschland und deutsche Unternehmen bei einzelnen Projekten und Regionen zur Gasförderung durch Finanzierungen wie zum Beispiel durch Hermesbürgschaften (bitte nach Projekten auflisten)?
b) Welche an der Erschließung des Gasfeldes Shah Deniz und am Bau der Pipelines des Südlichen Gaskorridors beteiligten deutschen Firmen werden von der Bundesregierung direkt mit öffentlicher Unterstützung versehen (bitte nach Firma und Höhe der Unterstützung aufschlüsseln)?
c) Sind deutsche Unternehmen am Bau von Turkish Stream beteiligt, bzw. planen nach Kenntnis der Bundesregierung Unternehmen eine Beteiligung?
15. a) Was ist die Erkenntnis der Bundesregierung aus dem Gutachten „Möglichkeiten zur Verbesserung der Gasversorgungssicherheit und der Krisenvorsorge durch Regelung der Speicher“ aus 2015, und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?
b) Sind nach Kenntnis der Bundesregierung weitere Gasstresstests (durch die EU) geplant, und falls nein, warum nicht, falls ja, wann?
16. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Scheitern von South Stream im Hinblick auf die deutsche Energieversorgung?

17. Wie ist die Einschätzung der Bundesregierung, ob auf Dauer Investitionen in Pipelines oder Investitionen in Flüssigerdgas (LNG) ökonomisch sinnvoller sind?
- Hält die Bundesregierung den Ausbau des Südlichen Gaskorridors für klimapolitisch verträglich – wenn ja, warum – sowie für ökonomisch sinnvoll?
 - Sieht die Bundesregierung eine kohärente Position in der Haltung der Europäischen Kommission, sich auf der einen Seite gegen Nord Stream II auszusprechen, und auf der anderen Seite die Erschließung der Felder für die Trans-Anatolian Natural Gas Pipeline (TANAP) durch die Europäische Investitionsbank (EIB) zu finanzieren?
 - Wie bewertet die Bundesregierung Marktstellung und Eigentümerschaften von Gazprom auf der einen und von Lukoil auf der anderen Seite?
18. a) Was sind nach Kenntnis der Bundesregierung die bisherigen Ergebnisse aus dem „more capacity“-Projekt der Fernleitungsnetzbetreiber GASCADE Gastransport GmbH, ONTRAS Gastransport GmbH und Gasunie Deutschland GmbH & Co. KG, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus im Hinblick auf die Planungen der weiteren Gasinfrastruktur in Deutschland und Europa?
- Welchen Stellenwert misst die Bundesregierung der Realisierung des EUGAL-Projekts für die Energiesicherheit in Europa bei, und sieht sie diese unabhängig von der Realisierung von Nord Stream II?
19. Gibt es Pläne der Bundesregierung, Gas aus Fracking aus den USA, Kanada oder Australien zu importieren?
- Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die LNG-Terminals in Europa ausgelastet?
 - Gibt es Pläne der Bundesregierung für ein LNG-Terminal in Deutschland?
 - Hält die Bundesregierung Öl- und Gaspipelines aus den USA nach Europa wirtschaftlich für sinnvoll und für technisch realisierbar (bitte begründen)?
20. Wie viel Treibhausgase werden nach Kenntnis der Bundesregierung beim Fracking freigesetzt?
- Kann die Bundesregierung die These widerlegen, dass Fracking unter bestimmten Umständen genauso klimaschädlich sein kann wie die Verbrennung von Kohle (www.klimaretter.info/meinungen/standpunkte/21647-fracking-verordnung-bricht-recht)?
 - Gibt es ein System, das sicherstellt, dass Unternehmen gefordert sind, ein ungewöhnlich hohes Entweichen von Treibhausgasen zu vermeiden (www.klimaretter.info/meinungen/standpunkte/21647-fracking-verordnung-bricht-recht)?
- Öl
21. a) Wo ist Deutschland derzeit an Ölförderung und -pipelines beteiligt, und welche deutschen Firmen sind jeweils nach Kenntnis der Bundesregierung beteiligt?
- Welche Rolle spielt Deutschland und spielen deutsche Unternehmen bei einzelnen Projekten und Regionen zur Ölförderung durch Finanzierungen wie zum Beispiel durch Hermesbürgschaften (bitte nach Projekten auflisten)?

22. Inwiefern leistet die Bundesregierung finanzielle Unterstützung für den Ausbau der Ölinfrastruktur in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union?
23. Wie wirken sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Aufhebung der Sanktionen gegen Iran auf den Ölpreis aus?

Kohle

24. a) Aus welchen Ländern importiert Deutschland derzeit Kohle, und welche Firmen sind daran beteiligt?
 - b) Welche Rolle spielen Deutschland und deutsche Unternehmen bei einzelnen Projekten und Regionen zur Kohleförderung, zum Beispiel durch Hermesbürgschaften (bitte nach Projekten auflisten)?
25. Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass Energeticky a Prumyslovy Holding (EPH) die Förderung von Braunkohle in Ost-Deutschland übernommen hat und die geplanten Gelder für eine Rekultivierung der Gebiete nach 2030 ggf. durch die sinkenden Kohlepreise bereits vorher aufgezehrt sein werden (www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/vattenfall-wenn-das-letzte-kernkraftwerk-vom-netz-geht/13463120-2.html)?
26. Ist nach Auffassung der Bundesregierung die Kohleförderung in Deutschland in den nächsten 30 Jahren damit kompatibel, dass, wenn das Ziel, die globale Erwärmung deutlich unter 2 Grad zu begrenzen, erreicht werden soll, 80 Prozent der Kohlevorkommen im Boden bleiben müssen (www.spiegel.de/wissenschaft/natur/klima-wieviel-kohle-erdgas-und-erdoel-darf-noch-gefoerdert-werden-a-1011767.html)?

Atom

27. a) Welche Pläne verfolgt die Bundesregierung im Hinblick auf die beiden Atomfabriken in Deutschland (URENCO Deutschland GmbH in Gronau und die ADVANCED NUCLEAR FUELS GmbH in Lingen)?
 - b) Was passiert nach Kenntnis der Bundesregierung mit dem in Gronau angereicherten Uran, das ins Ausland verbracht wird, und was mit den Brennelementen der Brennelementefabrik in Lingen, die ins Ausland verbracht werden?
28. Wie viel Uran wird aus welchen Ländern und unter Beteiligung welcher Unternehmen jährlich nach Deutschland importiert und aus Deutschland exportiert?
 - a) In welche Länder wird aus der Bundesrepublik Deutschland Nukleartechnologie exportiert?
 - b) Welche Rolle kommt der Lieferung von Uran aus Russland in die Bundesrepublik Deutschland zu?
29. Welche bilateralen Atomverträge hat Deutschland mit EU-Partnerstaaten, was ist Gegenstand dieser Verträge, und wie gedenkt die Bundesregierung mit diesen Verträgen weiter umzugehen, um eine globale Energiewende hin zu erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung voranzutreiben?
 - a) Welche konkreten Probleme sieht die Bundesregierung in der heutigen, aber vor allem auch zukünftigen Überalterung europäischer Atomkraftwerke, insbesondere den Atomkraftwerken, die nahe der deutschen Grenze stehen?
 - b) Wie setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass das Risiko durch Neubauvorhaben und Laufzeitverlängerungen nicht weiter erhöht wird?

- c) Welche Schritte hat die Bundesregierung bisher unternommen, sodass zumindest Laufzeitverlängerungen einer grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden müssen?
 - d) Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass generell Atomkraftwerke nach 30 Jahren Laufzeit einer grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden müssen, auch wenn sie wie z. B. in Frankreich unbefristet betrieben werden dürfen (wenn nein, bitte erläutern)?
30. Wie sieht die Bundesregierung die künftige Rolle der Atomkraft in der weltweiten Energieversorgung?
- a) Wie bewertet die Bundesregierung den Trend, dass die Nutzung von Atomkraft weltweit bereits seit 2006 zurückgeht (World Nuclear Report 2016 www.worldnuclearreport.org/IMG/pdf/20160713MSC-WNISR2016V2-HR.pdf)?
 - b) Welche Konsequenzen und Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der derzeitigen Ausrichtung der Politik der Europäischen Kommission zur Atomkraft (bspw. Anhand der 2016 bekannt gewordenen Dokumente „Hinweisendes Nuklearprogramm“ (PINC) und „Issues Papers No. 10 ‚Nuclear‘“)?

Erneuerbare Energien

31. Welche Entwicklungen in Form von wirtschaftlicher Zusammenarbeit sieht die Bundesregierung für den globalen Ausbau der erneuerbaren Energien (bitte auflisten nach: Solarenergie, Windenergie, Bioenergie, Geothermie, Wasserkraft, Meeresenergien)?
32. Wie bewertet die Bundesregierung die globale Entwicklung der Investitionen in erneuerbare Energien, und inwieweit liegen ihr Erkenntnisse vor, in welchem Maße deutsche Unternehmen davon profitieren?
33. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass der Ausbau erneuerbarer Energien in anderen Ländern schneller voranschreitet, als aktuell in Deutschland, und welche Schlüsse zieht sie daraus?
34. a) In welchem Maß haben sich die Importe von fossilen Energieträgern aufgrund der Investitionen in erneuerbare Energien in der Bundesrepublik Deutschland seit 2010 verändert, und von welchen Prognosen für die kommenden Jahre geht sie aus?
- b) Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie hoch die Vermeidung von Kosten durch externe Schäden durch die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien seit 2010 ist?
- Wenn ja, wie hoch sind diese?
35. Inwiefern wird die Bundesregierung den Vorschlag der USA eines frühzeitigen Abbaus ineffizienter Subventionen für fossile Energieträger bis 2025 umsetzen (vgl. Bundestagsdrucksache 18/9510)?
36. a) Woher und welche Mengen an Palmöl und Bioethanol importiert die Bundesrepublik Deutschland, und welche Firmen sind daran beteiligt?
- b) Wurden die Kompensationsregeln des Roundtable of Sustainable Palm Oil (RSPO) bereits, wie angekündigt (vgl. Bundestagsdrucksache 18/9290), überprüft, und wenn ja, welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen?
37. Stellt die Bundesregierung bei der globalen Förderung erneuerbarer Energien sicher, dass die lokale Artenvielfalt nicht bedroht ist, und wenn ja, wie (bitte einzeln auflisten)?

38. Welche klimabezogenen Investitionskriterien gelten für die Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich Energie für die bilaterale sowie die multilaterale Zusammenarbeit (inklusive regionaler und multilateraler Entwicklungsbanken)?
39. In welcher Weise fördert die Bundesregierung den Export von Technologien für erneuerbare Energien?
- a) Wie haben sich die Mittel für die Exportförderung erneuerbarer Energien seit Beginn des Programms entwickelt (bitte für jedes Jahr einzeln auflisten)?
 - b) Welche Projekte zum Export erneuerbarer Energien wurden in den vergangenen zehn Jahren durch Hermesbürgschaften abgesichert, auf welches Gesamtvolumen belaufen sich diese Projekte, und auf welches Volumen belaufen sich die dafür vergebenen Bürgschaften?
 - c) Welche Projekte im Bereich erneuerbarer Energien wurden in den vergangenen zehn Jahren durch Investitions Garantien abgesichert, auf welches Gesamtvolumen belaufen sich diese Projekte, und auf welches Volumen belaufen sich die dafür vergebenen Garantien?
 - d) Welche Anträge auf Investitions Garantien im Bereich erneuerbarer Energien wurden in den vergangenen zehn Jahren abgelehnt, warum wurden diese abgelehnt, und welches Gesamtvolumen hatten die abgelehnten Projekte?
 - e) Beabsichtigt die Bundesregierung die Förderrichtlinien von Hermesbürgschaften und Investitions Garantien für Technologien im Bereich erneuerbare Energien zu verändern?
Wenn ja, wie, und welche Ziele verfolgt die Bundesregierung damit?
 - f) Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Vergabe von Hermes Krediten für erneuerbare Energien für mittelständige Unternehmen attraktiver zu gestalten?

GEOSTRATEGISCHE VERÄNDERUNGEN

40. Wie viel Prozent der deutschen Öl- und Gasversorgung werden zurzeit importiert (bitte nach Ländern und Importmengen aufschlüsseln)?
- a) Wie wird sich dieser Import nach Erwartung der Bundesregierung absehbar entwickeln?
 - b) Wie teilt sich die aktuelle Importmenge auf die verschiedenen Öl- und Erdgaspipelines auf?
41. a) Wie setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass besondere Herausforderungen in Nicht-EU-Regionen im Energiebereich im Rahmen außenpolitischer Strategien thematisiert und adressiert werden?
- b) Inwieweit ist die Energiepolitik der Bundesregierung Thema im Review Prozess „Review 2014“ des Auswärtigen Amtes gewesen?
42. Welche Staaten werden nach Einschätzung der Bundesregierung zukünftig als Swing Producer die Preise auf den Öl- und Gasmärkten bestimmen?

43. Wie viel Prozent der deutschen, europäischen und weltweiten Öl- und Gasversorgung wird nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit durch die Straße von Hormuz, die Straße von Malakka und andere kritische Meeresregionen oder andere nach den Erhebungen des Piracy Reporting Centre besonders durch Piraterie gefährdete Gewässer transportiert?

In welchem Umfang ist der deutsche Außenwirtschaftsverkehr von der Sicherheit der jeweiligen maritimen Transportwege betroffen (bitte nach Meeresregion aufschlüsseln)?

44. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob die Konflikte um die Ressourcen Öl und Gas zunehmen?

Wenn ja, wo, und in welcher Weise?

45. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie viele Menschen aufgrund von Klimaveränderungen oder aufgrund von Ressourcenkonflikten im Jahr 2015 auf der Flucht waren?

- a) Setzt sich die Bundesregierung für eine vollständige Anerkennung von Geflüchteten aufgrund von klimatischen Ereignissen ein?

Wenn ja, in welchen Gremien und wie konkret?

Wenn nein, warum nicht?

- b) Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung Programme für die Hilfe von Betroffenen von klimatischen Veränderungen?

- c) Setzt sich die Bundesregierung für Hilfsprogramme für die Anpassung an die klimatischen Veränderungen vor Ort ein?

Wenn ja, wo, und welche Programme sind das?

Wenn nein, warum nicht?

46. a) Setzt sich die Bundesregierung für die Prävention von Versorgungskrisen ein?

Wenn ja, wie?

- b) Hat die Bundesregierung Kenntnis über Prognosen von Versorgungskrisen?

Wenn ja, wie sehen diese aus?

Wenn nein, warum nicht?

Südamerika

47. Welche Energierohstoffe bezieht die Bundesrepublik Deutschland aus Südamerika (bitte nach Art der Rohstoffe und jeweiliger Menge auflisten), und welchen Anteil haben diese Importe jeweils an den gesamten deutschen Energieimporten?

48. a) Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die aktuellen deutschen Energieinvestitionen in Südamerika, aufgliedert nach Energieträgern?

- b) Welche konkreten Beiträge leistet die Bundesregierung oder leisten nach Kenntnis der Bundesregierung deutsche Unternehmen dazu, dass Rohstoffrenten in den Staaten Südamerikas nicht nur Wenigen, sondern der gesamten Gesellschaft zugutekommen?

49. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass völkerrechtliche Verpflichtungen zum Schutz der Umwelt von deutschen Unternehmen eingehalten werden?
50. Welche konkreten Programme und Projekte der Bundesregierung gibt es in Südamerika, um erneuerbare Energien zu fördern und zu unterstützen (bitte nach Programmen auflisten)?
51. Inwiefern unterstützt die Bundesrepublik Deutschland den Atomreaktor Angra 3 in Brasilien?
 - a) Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie die Sicherheitsstandards für Angra 3 sind, und ob sie eingehalten werden?
Wenn ja, welche sind dies, und wenn nein, warum nicht?
 - b) Sind die brasilianischen Sicherheitsstandards für Angra 3 vergleichbar mit den deutschen Sicherheitsstandards für Atomreaktoren?

Russland

52. Welche Auswirkungen haben nach Ansicht der Bundesregierung der Konflikt um die Krim und die Spannungen der EU-Russland-Beziehungen auf die Energiezusammenarbeit zwischen Russland und der Bundesrepublik Deutschland und die Versorgungssicherheit der Bundesrepublik Deutschland?
53. Welche Erdöl- und Erdgaspipelines werden nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit in Richtung Asien gebaut, wie groß sind die jeweiligen Kapazitäten, und wann sollen sie in Betrieb gehen (bitte nach Projekten auflisten)?
 - a) Stehen diese Pläne und Investitionen Russlands nach Einschätzung der Bundesregierung in Konkurrenz zu den Lieferungen von Erdöl und Erdgas nach Europa?
 - b) Wie steht es um die Wirtschaftlichkeit der bestehenden und geplanten russischen Pipelines in Richtung asiatischer Abnehmerländer?
54. Welche konkreten Programme und Projekte der Bundesregierung gibt es mit Russland, um erneuerbare Energien zu fördern und zu unterstützen, und welche Rolle spielen dabei die Klimaschutzziele von Paris?
 - a) Hat die russische Regierung ihr Interesse an einem Ausbau der Kooperation in diesem Bereich signalisiert?
 - b) Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Einnahmen aus dem Energieträgerexport am russischen Staatshaushalt, und wie wird sich dieser nach Einschätzung der Bundesregierung in den kommenden Jahren entwickeln?
55. Welche deutschen Energieunternehmen arbeiten nach Kenntnis der Bundesregierung mit Gazprom zusammen?
 - a) Wie bewertet die Bundesregierung mögliche Verstöße gegen europäische Gesetzgebung von Gazprom durch die Festsetzung von politisch bestimmten und von Land zu Land divergierenden Preisen?
 - b) Hat die Bundesregierung Kenntnis über die Aktivitäten von BASF/Wintershall Holding GmbH auf den russischen Gasfeldern Juschno-Ruskoje und Nowy Urengoi, und wenn ja, werden die Aktivitäten durch die Bundesregierung unterstützt?

56. Welche deutschen und internationalen Unternehmen sind nach Kenntnis der Bundesregierung am Bau von Nord Stream II beteiligt?
- Wie hoch ist die deutsche Beteiligung an Nord Stream II?
 - Steht der Bau von Nord Stream II nach Ansicht der Bundesregierung im Konflikt mit europäischem Recht, welche diesbezüglichen Aussagen von Seiten der Europäischen Kommission sind ihr bekannt, und inwieweit teilt sie diese?
 - Wie steht die Bundesregierung zu den kritischen Reaktionen insbesondere aus östlichen EU-Mitgliedstaaten auf Nord Stream II, und wie begegnet sie diesen auf bilateraler Ebene?
57. Kann die Bundesregierung den Vorwurf deutscher Unternehmen wie Wintershall widerlegen, dass Teile der US-Administration gegen das Nord-Stream-II-Projekt lobbyieren, um den eigenen Export von LNG zu fördern?

Naher Osten und Nordafrika (MENA)

58. a) Mit welchen Staaten der MENA-Region existieren Verträge über Energiepartnerschaften und zu welchen Energieträgern, und welche Rolle spielen dabei die Klimaschutzziele von Paris (bitte auflisten)?
- b) Welche deutschen Unternehmen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in Staaten der Region zu Energiegewinnung oder -förderung tätig?
59. Wie engagiert sich die Bundesregierung in der Region des Nahen und Mittleren Ostens für eine globale Energiewende hin zu erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung (bitte nach Initiativen und Projekten auflisten)?
- Wie schätzt die Bundesregierung die Pläne zum massiven Ausbau erneuerbarer Energien in der „Saudi Vision 2030“ ein, inwiefern sind deutsche Firmen ihrer Kenntnis nach an deren Umsetzung beteiligt, und welche Hürden sieht sie für die Umsetzung?
 - Inwiefern sieht die Bundesregierung in der „Saudi Vision 2030“ ein Vorbild auch für andere Staaten der MENA-Region zum Ausbau erneuerbarer Energien, und inwiefern unterstützt Saudi-Arabien nach Kenntnis der Bundesregierung derartige Vorhaben?
 - Ist es im Zusammenhang mit den Kontakten in den Iran nach dem Abschluss des Atomabkommens mit dem Iran auch zu Gesprächen über eine mögliche Zusammenarbeit im Bereich erneuerbarer Energien gekommen?
60. Von welchen staatlichen Energieunternehmen in der MENA-Region bezieht die Bundesrepublik Deutschland Energierohstoffe, und wie schätzt sie die Transparenz von deren Geschäftsgebaren hinsichtlich von Korruption ein?
61. a) Welche deutschen Unternehmen sind an der Lieferung von Erdöl aus Libyen beteiligt?
- b) Welche Auswirkungen auf die deutsch-libysche Zusammenarbeit in der Energiepolitik hat der Bürgerkrieg in Libyen?

USA

62. a) Welche Energieträger importiert die Bundesrepublik Deutschland aus den USA, und wie viel jeweils?
- b) Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus Bestrebungen hin zu einer umfassenden Energieautarkie der USA?

63. Teilt die Bundesregierung die amerikanische These, dass zunehmender Wettbewerb die beste Versicherung gegen die schlimmsten Tendenzen der Petro-Staaten, den Markt alleine zu kontrollieren und einseitige Abhängigkeiten zu schaffen, sei?
64. Welche Auswirkung wird nach Einschätzung der Bundesregierung der erhöhte Einfluss der USA durch vermehrtes Fracking auf den Gaspreis und auf die transatlantischen Beziehungen haben?

Afrika

65. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Energieimporte aus Afrika nach Deutschland, und welchen Anteil an den Gesamtimporten machen diese aus?
66. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die aktuellen deutschen Energieinvestitionen in Afrika, aufgliedert nach Energieträgern sowie erneuerbaren Energietechnologien?
67. a) Wie verhindert die Bundesregierung, dass die Energieversorgungssicherheit Deutschlands auf Kosten der Menschen in den afrikanischen Staaten und auf Kosten einer langfristigen Perspektive der Staaten geht?
b) Welche konkreten Beiträge leistet die Bundesregierung oder leisten nach Kenntnis der Bundesregierung deutsche Unternehmen dazu, dass Rohstoffrenten nicht nur Wenigen, sondern der gesamten Gesellschaft in afrikanischen Staaten zugutekommen?
68. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass völkerrechtliche Verpflichtungen zum Schutz der Umwelt von deutschen Unternehmen in afrikanischen Staaten eingehalten werden?
69. a) Welche konkreten Programme und Projekte der Bundesregierung gibt es in Afrika, um den Ausbau erneuerbarer Energien zu fördern und zu unterstützen?
b) Inwieweit findet nach Kenntnis der Bundesregierung ein Technologietransfer für erneuerbare Energien und Energieeffizienz aus Deutschland in Staaten aus Afrika statt – nach Energieträgern gegliedert?
70. Wie viel Öl und Gas bezieht die Bundesrepublik Deutschland aus Nigeria, und welche deutschen Unternehmen sind daran beteiligt?
a) Welchen Stellenwert misst die Bundesregierung im Rahmen der Energiebeziehung aus Nigeria guter Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und der Beachtung international anerkannter Umwelt- und Sozialstandards bei?
b) Wie überprüft die Bundesregierung, ob diese Grundsätze bei Geschäften deutscher Unternehmen in Nigeria eingehalten werden?
c) Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob Boko Haram vom Rohstoffreichtum Nigerias profitiert?

Ukraine

71. a) Welche Rolle sollte nach Einschätzung der Bundesregierung die Ukraine als Transitland in Zukunft haben, und was tut die Bundesregierung dafür, diese Rolle zu unterstützen?
b) Welche Folgen für die Ukraine als Transitland hätte die Umsetzung der Ziele der Bundesregierung beim Klimaschutz bis 2050?

72. Unterstützt die Bundesrepublik Deutschland Energieprojekte in der Ukraine?
Wenn ja, welche, und in welcher Form und Höhe?
73. a) Welche Folgen wird die Rohstoffpolitik der EU mit der Ukraine nach Einschätzung der Bundesregierung auf die innenpolitische Entwicklung der Ukraine haben?
b) Wie bewertet die Bundesregierung die energiepolitischen Maßnahmen, die in der Ukraine seit 2014 durchgeführt wurden, hinsichtlich ihrer Folgen für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Modernisierung des Landes?
74. Wie schätzt die Bundesregierung die Sicherheit und technische Ausstattung der ukrainischen Gasnetze ein?
a) Tut die Bundesregierung etwas dafür, das Gasnetzwerk in der Ukraine auszubauen und zu verbessern?
b) Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, dass sich deutsche Unternehmen aufgrund des schlechten Gasnetzwerkes aus der Ukraine zurückziehen?

Aserbaidschan

75. a) Welche Unternehmen sind nach Kenntnis der Bundesregierung beteiligt an der Förderung und Gewinnung von Öl und Gas in Aserbaidschan?
b) Welche Institutionen und Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland sind an der Finanzierung von der Förderung und Gewinnung von Öl und Gas beteiligt?
76. a) Welche Gasfelder in Aserbaidschan sollen nach Kenntnis der Bundesregierung in Zukunft erschlossen werden?
b) Sind an der Planung deutsche Unternehmen beteiligt?
77. Ist die Entscheidung der Europäischen Investitionsbank (EIB) über die Vergabe eines 2-Milliarden-Kredits für den Bau der Trans-Adria-Pipeline nach Kenntnis der Bundesregierung inzwischen getroffen?
78. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, dass Teile der Streitkräfte in Aserbaidschan Pipelines bewachen?
79. a) Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen über ein Abkommen zur Neuregelung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Aserbaidschan und der EU?
b) Welcher Stellenwert sollte nach Ansicht der Bundesregierung einer Stärkung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit in Aserbaidschan in einem zukünftigen Abkommen zukommen, und welche konkreten Schritte erwartet die Bundesregierung von Aserbaidschan diesbezüglich?

Türkei

80. a) Welche Unternehmen sind nach Kenntnis der Bundesregierung beteiligt an der Förderung und Gewinnung von Öl und Gas in der Türkei?
b) Welche Institutionen und Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland sind an der Finanzierung von der Förderung und Gewinnung von Öl und Gas beteiligt?
81. Welche Auswirkungen auf die Energiezusammenarbeit hat nach Einschätzung der Bundesregierung der versuchte Staatsstreich vom 15. Juli 2016 in der Türkei und die erfolgte Annäherung zwischen der Türkei und Russland (Turkish Stream)?

MULTILATERALE ENERGIEPOLITIK

Vereinte Nationen (VN)

82. Welche Resolutionen bisheriger VN-Generalversammlungen seit 2009 befassen sich nach Kenntnis der Bundesregierung mit der Förderung von erneuerbaren Energien?
83. Welche Programme, Organisationen oder Resolutionen der VN befassen sich nach Kenntnis der Bundesregierung mit Energiepolitik im Zusammenhang mit Menschenrechten und Regierungsführung?
84. Welche Mitglieder im UN-Energy-Netzwerk befassen sich nach Kenntnis der Bundesregierung mit erneuerbaren Energien?
85. Setzt sich die Bundesregierung im Rahmen des UN-Energy-Netzwerks dafür ein, dass erneuerbare Energien gefördert werden?

Wenn ja, wie?

86. Wie setzt sich nach Kenntnis der Bundesregierung das United Nations Environment Programme (UNEP) konkret für Belange der Energiepolitik ein?
87. Befürwortet die Bundesregierung Bestrebungen des UNEP zu einer vollwertigen VN-Sonderorganisation, etwa einer „United Nations Environment Organisation“ (UNEO) umzuwandeln?

Wenn nein, warum nicht?

88. Welche Erfolge kann die Bundesregierung in ihrem Einsatz für den Prozess, einen Dachverband für das UNEP und weitere Umweltabkommen einzurichten, damit das UNEP seiner Aufgabe als weltweit zentrale Umweltinstitution gerecht wird, verzeichnen?
89. Welche Mittel stehen nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen des United Nations Development Programme (UNDP) für die Förderung erneuerbarer Energien zur Verfügung?
90. Welche Aktivitäten verfolgt das UNDP nach Kenntnis der Bundesregierung im Bereich erneuerbarer Energien?
91. a) Welches sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Ergebnisse der Sustainable Energy for all Initiative des VN-Generalsekretärs Ban-Ki Moon?
b) Welche konkreten Beiträge hat die Bundesregierung zu dieser Initiative geleistet?

Organization of the Petroleum Exporting Countries (OPEC)

92. Wie sieht die Bundesregierung die Rolle der OPEC für die Preisentwicklung auf dem Energiemarkt?
93. a) Befürwortet die Bundesregierung Reformen innerhalb der OPEC, und wenn ja, welche?
b) Befürwortet die Bundesregierung eine Öffnung der OPEC, beispielsweise für Transitländer?
Und wenn ja, wie sollte diese nach Auffassung der Bundesregierung aussehen?
94. Gibt es eine finanzielle Unterstützung der Bundesregierung für die OPEC, und wenn ja, wie gestaltet sich diese Unterstützung konkret?

International Atomic Energy Agency (IAEA)

95. Welche Erfolge konnte die Bundesregierung erzielen mit ihrem Ziel, Verifikation, nukleare Sicherheit/Gefahrenabwehr und effizientes Management im Rahmen der IAEA zu fördern?
96. Informiert die IAEA nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen von Beratungen von Staaten, die die Neueinführung von Nuklearenergieprogrammen in Betracht ziehen, auch über alternative Energieszenarien?

NICHT STAATLICHE ABKOMMEN UND ORGANISATIONEN

97. Inwiefern fördert die Bundesregierung Initiativen und Partnerschaften zur Förderung einer globalen Energiewende, und welche sind das?

International Renewable Energy Agency (IRENA)

98. Wie hoch ist die finanzielle Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland für IRENA?
99. Wie bewertet die Bundesregierung die bisherige Arbeit von IRENA im Hinblick auf die Verbreitung von erneuerbaren Energien weltweit?

Renewable Energy Policy Network for the 21st Century (REN21)

100. Inwiefern unterstützt die Bundesregierung REN21?
101. Wie bewertet die Bundesregierung die bisherige Arbeit von REN21?

International Network on Gender and Sustainable Energy (ENERGIA)

102. Inwiefern unterstützt die Bundesregierung ENERGIA?
103. Wie bewertet die Bundesregierung die bisherige Arbeit von ENERGIA?

Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)

104. Wie bewertet die Bundesregierung die Arbeit von EITI?
105. Warum ist die Bundesrepublik Deutschland noch nicht Teil der Länder, die ihre Zahlungsströme im Rahmen von EITI offenlegen, und für wann ist dies geplant?
106. Wie sehen die Festlegungen für die Berichterstattungspflichten der Bundesregierung für EITI aus?

Energiechartavertrag (ECT)

107. Welches Potenzial sieht die Bundesregierung im Energiechartavertrag um weltweit erneuerbare Energien zu fördern?
108. Welches Potenzial sieht die Bundesregierung im Energiechartavertrag um internationale Konflikte um Ressourcen zu verhindern?
109. Wie steht die Bundesregierung zum Ausscheiden Russlands aus dem Energiechartavertrag?

International Energy Agency (IEA)

110. Für welche Reformen innerhalb der IEA setzt sich die Bundesregierung ein?
111. Setzt sich die Bundesregierung innerhalb der IEA für erneuerbare Energien ein, und wenn ja, wie, und wie erfolgreich war das bisher?

112. Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Beziehung der IEA zu Saudi-Arabien?
Befürwortet die Bundesregierung einen Beitritt Saudi-Arabiens?
113. Was hat die IEA nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem G8-Gipfel von Gleneagles konkret umgesetzt, um – wie auf dem Gipfel vereinbart – eine globale Energy Governance zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu entwickeln und zu vertiefen (GA 2009)?
114. Wie bewertet die Bundesregierung den Beitrag von nicht staatlichen Initiativen und Partnerschaften zur Förderung einer globalen Energiewende hin zu erneuerbaren Energien, Energieeinsparungen, Zugang zu Energie und der Umsetzung der Klimaschutzziele?
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dieser Bewertung?
 - Welche Initiativen und Partnerschaften unterstützt die Bundesregierung?
 - Was sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Ziele und aktuellen Schwerpunkte der unterstützten Initiativen und Partnerschaften?
115. Wie ist die Position der Bundesregierung zu Subventionen innerhalb der IEA?

North Atlantic Treaty Organization (NATO)

116. In welchen Bereichen und aufgrund welcher Prinzipien und Leitlinien will sich die NATO im Bereich Energiesicherheit nach Kenntnis der Bundesregierung engagieren?
- Welche Aktivitäten der NATO sind geplant oder in einer Planungsvorphase, um den Schutz kritischer Energieinfrastruktur zu fördern?
 - Welche Aktivitäten der NATO sind geplant oder in einer Planungsvorphase, um Information und Wissen mit Bezug zu Energiesicherheit auszuweiten und stärker als bislang zu teilen und zu vernetzen?
 - Sehen die Bundesregierung und andere NATO-Partner nach Einschätzung der Bundesregierung ein Risiko, dass die NATO unter dem Schirm der Energiesicherheit zunehmend innerstaatliche Polizeiaufgaben übernehmen könnte?
Falls ja, welche Konsequenzen werden daraus gezogen?
 - Sehen die Bundesregierung und andere NATO-Partner nach Einschätzung der Bundesregierung eine Gefahr, dass die NATO unter dem Schirm der Energiesicherheit polizeiliche Aufgaben in Drittstaaten übernimmt und dadurch in die Souveränität dieser Staaten eingreift?
Falls ja, welche Konsequenzen werden daraus gezogen?
117. a) Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung in der EU oder der NATO entsprechende Szenarien oder Übungen, in denen militärische Interventionen zur Energie- und Rohstoffsicherheit durchdekliniert werden?
Wenn ja, welche verschiedenen Szenarien werden bislang explizit geplant und ggf. geübt?
- b) Wie viele Soldaten und welche Waffen kommen bei diesen Planspielen im „worst case“ zum Einsatz?

118. a) Welche Überlegungen gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen der NATO, die Sicherung der Energieversorgung und Rohstoffwege zu einer militärischen Aufgabe des Bündnisses zu machen?
- b) In welchen Gremien wird dies bislang diskutiert, und welche Dokumente wurden in der NATO diesbezüglich bislang verabschiedet?

G7/G20

119. Welche Erfolge kann die Bundesregierung bisher verzeichnen in den Vorhaben von den G7-Beschlüssen von Elmau, Energieeffizienznetzwerke zu fördern (bitte einzeln auflisten)?
- a) Welche Erfolge kann die Bundesregierung bisher verzeichnen in den Vorhaben von den G7-Beschlüssen von Elmau, eine Analyse der kosteneffizientesten Energieeffizienzmaßnahmen durchzuführen?
- b) Welche Erfolge kann die Bundesregierung bisher verzeichnen in den Vorhaben von den G7-Beschlüssen von Elmau, energiebezogene Produktdatenbanken zu errichten (bitte einzeln auflisten)?
- c) Welche Erfolge kann die Bundesregierung bisher verzeichnen in den Vorhaben von den G7-Beschlüssen von Elmau, den Zugang zu erneuerbaren Energien in Afrika und in Entwicklungsländern zu beschleunigen und bis zu 10 000 Megawatt zusätzliche Kapazität an erneuerbaren Energien bis 2020 zu erreichen (bitte einzeln auflisten)?
120. Welche konkreten Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, um die im Rahmen der G7-Vereinbarung eines Umbaus der Energiewirtschaft bis 2050 beschlossenen langfristigen nationalen kohlestoffarmen Strategien, 80 bis 95 Prozent der Treibhausgase gegenüber dem Jahr 1990 bis zum Jahr 2050 zu reduzieren?
121. Was beinhaltet die Fast-Track-Partnerschaft der G7, und mit welchen Ländern arbeitet die Bundesrepublik Deutschland in diesem Rahmen zusammen?
- Welche Erfolge sind bisher nachzuweisen?
122. Wie hat sich die Bundesregierung im Rahmen des G20-Gipfels in Hangzhou angesichts der Tatsache, dass die G20 für mehr als drei Viertel des weltweiten Energieverbrauchs und Treibhausgasausstoßes verantwortlich sind, dafür eingesetzt, dass die Staaten die Maßnahmen für das Pariser Klimaschutzabkommen umsetzen (www.zeit.de/wissen/2016-08/klimapolitik-g20-kohle-co2-emissionen-studie)?
123. Welche Erfolge von der CONNEX-Initiative kann die Bundesregierung bisher verzeichnen?
124. Welche Investitionen im Energiebereich sind bislang nach Kenntnis der Bundesregierung durch die Infrastrukturinvestitionsarbeitsgruppe der G20 in Planung, im Bau oder fertiggestellt, und wer ist an den jeweiligen Vorhaben beteiligt?
125. Welche Investitionskriterien gelten für Infrastrukturprojekte und öffentlich-private Partnerschaften, die im Rahmen der G20 Aktivitäten im Energiebereich stattfinden?

EUROPÄISCHE ENERGIEAUSSENPOLITIK

126. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Energieimporte der Europäischen Union, und wie hoch ist der Anteil der Energieimporte am Bruttonationalprodukt?
127. a) Welche Strukturen der EU befassen sich nach Kenntnis der Bundesregierung mit Energieaußenpolitik?
b) Wie bewertet die Bundesregierung die Abläufe innerhalb der zuständigen Strukturen, wo sieht sie gegebenenfalls Verbesserungen, und welche Maßnahmen schlägt sie dazu vor?
128. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Gelder für EU-Entwicklungsprojekte, die im Bereich Energie bislang durchgeführt wurden oder werden, aufgeschlüsselt nach Bereichen und Energieträgern?
129. Welche Leitlinien, Schwerpunkte und Ziele verfolgt die EU nach Kenntnis der Bundesregierung in ihrer Energieaußenpolitik, um die EU zur Vorreiterin zu machen für eine globale Energiewende?
130. Was hat die Bundesregierung bisher erreicht bei ihrem Vorhaben, „internationale Mechanismen aufzubauen, die direkte und permanente Konsultationen zwischen Produzenten, Transitstaaten und Konsumenten von Energie ermöglichen“ (vgl. Bundestagsdrucksache 16/13276)?
131. Wie steht die Bundesregierung zu den von der Europäischen Kommission festgelegten verbindlichen nationalen Klimaschutzziele, und wie sehen die Ziele für die Bundesrepublik Deutschland aus?
a) Wie sollen die Klimaziele nach Auffassung der Bundesregierung erreicht werden, wenn die Bundesregierung es nach eigenen Angaben für „nicht notwendig“ hält, eine konkrete Vorgabe eines bestimmten Energiemixes zu bestimmen (vgl. Bundestagsdrucksache 18/5621, Antwort der Bundesregierung zu Frage 15 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)?
b) Was hat die Bundesregierung bis jetzt unternommen, um die nationalen Klimaschutzziele für Deutschland, 38 Prozent Treibhausgase im Vergleich zu 2005 einzusparen, umzusetzen, und wie plant sie dies in Zukunft umzusetzen (www.zeit.de/politik/ausland/2016-07/klimaschutz-eu-kommission-co2-barbara-hendricks)?
c) Müssen nach Einschätzung der Bundesregierung die Klimaschutzziele und vereinbarten Grenzwerte neu definiert werden, sobald Großbritannien aus der EU ausgeschieden ist?
132. Welche Planungen und konkreten Überlegungen gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen der EU, die Sicherung der Energieversorgung und Rohstoffwege zu einer militärischen Aufgabe zu machen, und welche Auswirkungen sind damit für die Bundeswehr verbunden?

Gas

133. Wie sehen nach Kenntnis der Bundesregierung die aktuellen Planungen für eine Einkaufsgemeinschaft der EU für Erdgas aus?
134. Wie viel Erdgas wurde zwischen 2009 und 2015 nach Kenntnis der Bundesregierung innerhalb der EU erzeugt?
135. Welches Szenario für die Erdgasnachfrage wird nach Kenntnis der Bundesregierung im neuen EU-Referenzszenario aufgeführt, und wie bewertet die Europäische Kommission nach Kenntnis der Bundesregierung das Szenario?

136. Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung im Hinblick auf die Beschaffung und den Verbrauch von Erdgas in der EU, und auf Basis welcher Prognose begründet sie ihre EU-Gaspolitik?

Öl

137. Wie viel Erdöl wird derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung innerhalb der EU erzeugt?
138. Wie sieht nach Kenntnis der Bundesregierung die Prognose des EU-weiten Ölverbrauchs aus?
139. Aufgrund welcher Prognose bildet die Bundesregierung ihre EU-Ölpolitik?

Kohle

140. Wie viel Kohle (Braun- und Steinkohle) wird derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung innerhalb der EU erzeugt, und wie verteilt er sich auf die EU-Mitgliedstaaten?
141. Wie sieht nach Kenntnis der Bundesregierung die Prognose des EU-weiten Verbrauchs an Braun- und Steinkohle aus, und wie verteilt er sich auf die EU-Mitgliedstaaten?
142. Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung im Hinblick auf die Beschaffung und den Verbrauch von Braun- und Steinkohle in der EU, und auf Basis welcher Prognose begründet sie ihre EU-Kohlepolitik?

Atom

143. Wie viel Uran wird derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung innerhalb der EU erzeugt?
144. Wie sieht nach Kenntnis der Bundesregierung die Prognose des EU-weiten Uranbedarfs aus?
145. Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung im Hinblick auf die Nutzung der Atomkraft in der EU, und auf Basis welcher Prognose begründet sie ihre EU-Atompolitik?

Energieunion

146. a) Welche Aufgaben sollte nach Auffassung der Bundesregierung die Energieunion in Zukunft übernehmen?
- b) Welche Strukturen sind dafür aus Sicht der Bundesregierung notwendig?
147. Strebt die EU nach Kenntnis der Bundesregierung Energieunabhängigkeit an?
- Und wenn ja, wie soll diese aussehen?
148. Welche Aufgaben sollten nach Auffassung der Bundesregierung explizit in nationaler Hand bleiben?
149. Welche Reformen hält die Bundesregierung innerhalb der Energieunion für notwendig, und setzt sie sich dafür ein, dass diese umgesetzt werden?
150. a) Ist es nach Kenntnis der Bundesregierung für Nicht-EU-Mitgliedstaaten möglich, einen Marktzugang zur Energieunion zu erhalten?
- b) Ist dies nach Auffassung der Bundesregierung wünschenswert?

Fracking/LNG

151. Welche Infrastrukturprojekte sind nach Kenntnis der Bundesregierung durch die EU in Planung, um zukünftig Fracking aus den USA zu importieren?

Regionen

152. Wie viel Gas importiert die EU nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit aus Algerien?
153. Wie viel Gas importiert die EU nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit aus Norwegen?
154. Welche Pipelineprojekte werden nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit seitens der Europäischen Kommission und von EU-Mitgliedstaaten jeweils unterstützt, und welche EU-Mitgliedstaaten lehnen die Projekte jeweils ab?
155. a) Welche Institutionen und Abkommen innerhalb der EU beschäftigen sich nach Kenntnis der Bundesregierung mit dem Ausbau erneuerbarer Energien, und wie finanzieren sie sich?
- b) Welche Maßnahmen tragen aus Sicht der Bundesregierung bei der EU-Governance-Struktur zur Erreichung des Erneuerbarenziels bei, und mit welchen Maßnahmen soll die Struktur aus Sicht der Bundesregierung weiterentwickelt werden?
156. Inwiefern ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Ausbau erneuerbarer Energien Teil der Klimaschutzstrategie der EU?
- Wo ist dies festgeschrieben?
157. Wie stärkt die Bundesregierung die freiwillige regionale Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in ihrer Energiepolitik?
- a) In welchen Regionen ist die Zusammenarbeit aus Sicht der Bundesregierung besonders wichtig?
- b) Welches sind aus Sicht der Bundesregierung die zentralen Aspekte der regionalen Zusammenarbeit im Bereich der Energiepolitik?
- c) Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung dabei zur Unterstützung der erneuerbaren Energien?
158. a) Was passiert im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik hinsichtlich der Förderung erneuerbarer Energien an der EU-Außengrenze?
- b) Wie will die Bundesregierung die Energiegemeinschaft künftig gestalten?
- Soll die Energiegemeinschaft aus Sicht der Bundesregierung um neue Mitglieder ausgeweitet werden, und welche Länder sollten nach Ansicht der Bundesregierung dazu gehören?

DEUTSCHE ENERGIEAUSSENPOLITIK

Konzept Energieaußenpolitik

159. Welches sind nach Ansicht der Bundesregierung die zentralen energiepolitischen Abhängigkeiten und Herausforderungen, denen sich Deutschland in den kommenden Jahren und Jahrzehnten stellen muss?
160. Gibt es ein übergreifendes Gesamtkonzept Energieaußenpolitik der Bundesregierung?
- Wenn ja, welches sind die Eckpunkte und Ziele dieses Konzepts, und wo liegen die Schwerpunkte?
- Wenn nein, warum nicht?
- a) Welche Bundesministerien sind an der Umsetzung des Energieaußenpolitikkonzepts der Bundesregierung beteiligt?
- b) Wie sieht die Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Bundesministerien hinsichtlich der Energieaußenpolitik aus?
161. Welche Rolle kommt nach Ansicht der Bundesregierung der deutschen Energiewende als Vorzeigeprojekt in der deutschen Energieaußenpolitik zu, und inwiefern betrachtet sie das Gelingen der Energiewende damit auch als eine außenpolitische Frage?

Umsetzung der Klimaziele

162. Welche wesentlichen institutionellen Lücken und welche Notwendigkeiten sieht die Bundesregierung bei der Gestaltung eines multilateralen Regelwerks für eine globale Energiepolitik angesichts des in Paris beschlossenen Ziels, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad zu begrenzen?
163. Welche konkreten regulatorischen Maßnahmen hat die Bundesregierung bis jetzt umgesetzt, um die Klimaschutzvereinbarung von Paris zu erreichen, und welche Treibhausgasreduzierungen erwartet sie jeweils?
164. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber bzw. gibt sie Untersuchungen in Auftrag, die prüfen, ob der Bau von Pipelines, an denen deutsche Unternehmen beteiligt sind, klimaschädliche Auswirkungen haben?
- Wenn nein, warum nicht?
165. In welchen Regenwäldern und in welchen Ländern wird nach Kenntnis der Bundesregierung Öl, Gas, Kohle und Uran gefördert, welches in Deutschland und der EU verbraucht wird?
166. Wie sehen die Nachhaltigkeitsstandards für fossile Energien in der Bundesrepublik Deutschland aus?

Initiativen

167. Welche Initiativen, Programme und Projekte unterstützt die Bundesregierung national und in der EU, um durchsetzungskräftige institutionelle Strukturen und Regeln für eine zukunftsfähige globale Energy Governance zu schaffen?
168. a) Welche Erfolge aus dem Energieaktionsplan, der am 8. und 9. März 2007 unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft beschlossen wurde, sind zu verzeichnen?
- b) Was ist aus den darin beschriebenen Initiativen geworden?

Divestment

169. In welche fossilen Großprojekte, deren Betrieb absehbar über das Jahr 2050 hinausgehen wird, investiert die Bundesregierung?
170. Inwieweit sind die aktuellen Investitionen nach Einschätzung der Bundesregierung mit den deutschen und europäischen Dekarbonisierungsverpflichtungen vereinbar?
171. Auf welche Art und Weise adressiert die Bundesregierung Finanzmarktakteure im Hinblick auf Klimaschutzpolitik (vgl. Bundestagsdrucksache 18/5056)?
172. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die an deutschen Börsen gehandelten Unternehmen die Möglichkeit einer konsequenten und ambitionierten Umsetzung der deutschen Klimaziele angemessen eingepreist haben?
173. Inwiefern trägt die Finanzsektorreformagenda dazu bei, sicherzustellen, dass durch einen massiven plötzlichen Kursverfall von bislang weitgehend auf fossiler Basis wirtschaftender Unternehmen keine gefährlichen negativen Auswirkungen auf die Finanzmarktstabilität erfolgen?

Deutschlands Rolle in der Welt

174. a) Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um eine Vorreiterrolle auf dem Markt der erneuerbaren Energien zu übernehmen angesichts der Tatsache, dass erneuerbare Energien die derzeit weltweit am schnellsten wachsende Energiequelle mit einem Wachstum von 2,6 Prozent pro Jahr sind (www.eia.gov/forecasts/ieo/pdf/0484%282016%29.pdf)?
 - b) Wie gedenkt die Bundesregierung die Wettbewerbsfähigkeit der erneuerbaren Energien in Deutschland zu fördern angesichts der Tatsache, dass im Jahr 2013 erstmalig mit 143 Gigawatt mehr erneuerbare als fossile Kapazitäten installiert wurden (www.bloomberg.com/news/articles/2015-04-14/fossil-fuels-just-lost-the-race-against-renewables)?
175. Setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass bei Städtebauprojekten, an denen sie beteiligt ist, beim Bau von Gebäuden auf Energieeffizienz geachtet wird (bitte einzeln auflisten)?
176. Betrachtet es die Bundesregierung als einen Widerspruch weiterhin in Kohle zu investieren, obwohl Kohle die am wenigsten wachsende Energiequelle weltweit ist (www.eia.gov/forecasts/ieo/pdf/0484%282016%29.pdf)?
177. a) Welchen Stellenwert misst die Bundesregierung im Rahmen der Energiebeziehung zu anderen Staaten guter Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und der Beachtung international anerkannter Umwelt- und Sozialstandards bei (bitte nach Staaten und Projekten auflisten)?
 - b) Wie überprüft die Bundesregierung ob diese Grundsätze bei Geschäften deutscher Unternehmen eingehalten werden?
178. In wie vielen deutschen Auslandsvertretungen und welchen gibt es eine Stelle für Klimaschutz und Energiepolitik (bitte einzeln auflisten)?
 - a) Was sind die Aufgabenbereiche der Stelle?
 - b) Warum gibt es eine solche Stelle noch nicht in allen Botschaften?

179. Sieht sich die Bundesregierung beim Abschluss von Verträgen mit Energieunternehmen den Problemen von Korruption ausgesetzt?

Wenn ja, bitte auflisten in welchen Fällen dies vorkam, und wie die Probleme ausgesehen haben?

- a) Inwieweit unterstützt die Bundesregierung im Zusammenhang der Energiepolitik mit anderen Staaten konkrete Projekte für Good Governance vor Ort (bitte nach Staaten und Projekten auflisten)?
- b) Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um Korruption bei großen Projekten, wie z. B. dem Bau von Kraftwerken, auszuschließen?

Berlin, den 18. Oktober 2016

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

